

22.02.2017

Niederschrift 001/2017

Ausschuss für Gesundheit und Verbraucherschutz

am 14.02.2017 | Kreishaus Unna | Freiherr-vom-Stein-Saal C.002-C.003 |
Friedrich-Ebert-Straße 17 | 59425 Unna

Beginn 16:00 Uhr

Ende 16:40 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Dirk Kolar

Kreistagmitglieder SPD

Frau Jasmin Beisenherz

Frau Angelika Chur

Frau Renate Jung

Herr Heinz Steffen

Frau Simone Symma

Vertretung für Herrn Sascha Alexander Kudella

Sachkundige Bürger/innen SPD

Herr Jürgen Kolar

Frau Jutta Maeder

Vertretung für Herrn Burckhard Elsner

Kreistagmitglieder CDU

Herr Carsten Böckmann

Frau Annika Dresen

Frau Claudia Gebhard

Frau Ursula Schmidt

Herr Carl Schulz-Gahmen

Vertretung für Frau Martina Plath

Vertretung für Herrn Stefan Flick

Sachkundige Bürger/innen CDU

Herr Frank Markowski

Kreistagmitglieder BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Frau Sandra Heinrichsen

Frau Stephanie Schmidt

Kreistagmitglieder Linksfraktion

Frau Insa Bußmann

Vertretung für Herrn Dieter Reichwald

Sachkundige Bürger/innen GFL-Lünen / UWG-Selm

Herr Klaus Steenbock

Kreistagmitglieder PIRATEN

Herr Christian Roß

Beratendes ordentliches Mitglied

Herr Fabian Degen

Gäste

Frau Marion Paschedag, Deutsche Rheuma-Liga – Arbeitsgemeinschaft Unna

Verwaltung

Herr Dirk Wigant, Dezernent

Herr Josef Merfels, Fachbereichsleiter

Frau Birgit Diers, Schriftführerin

Herr Kolar begrüßt die anwesenden Damen und Herren und eröffnet die Sitzung. Er teilt mit, dass die Einladung zu der Sitzung am 01.02.2017 verschickt wurde. Da sich auf seine Frage hin niemand meldet, dem die Einladung nicht fristgerecht zugegangen ist, stellt er die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Änderungen oder Ergänzungen in der Tagesordnung ergeben sich nicht, so dass wie folgt beraten wird:

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- Punkt 1** Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner
- Punkt 2** Vorstellung der Selbsthilfegruppe Deutsche Rheuma-Liga Nordrhein-Westfalen e.V., Arbeitsgemeinschaft Unna;
Bericht Frau Marion Paschedag
- Punkt 3** 178/16/1 Neuorganisation der Suchtberatung;
Antrag der FDP-Fraktion vom 01.12.2016
- Punkt 4** Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Nichtöffentlicher Teil

- Punkt 5** Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Öffentlicher Teil

- Punkt 1** **Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner**

Fragen von Einwohnerinnen und Einwohnern ergeben sich nicht.

Punkt 2

Vorstellung der Selbsthilfegruppe Deutsche Rheuma-Liga Nordrhein-Westfalen e.V., Arbeitsgemeinschaft Unna; Bericht Frau Marion Paschedag

Erörterung

Herr Kolar teilt mit, dass die Selbsthilfegruppe der Deutschen Rheuma-Liga die erste in Unna gegründete Selbsthilfegruppe sei.

Frau Paschedag berichtet anhand einer Folienpräsentation (siehe Anlage). Sie teilt mit, dass die Deutsche Rheuma-Liga seit 1982 in Unna ansässig sei. Sie selbst wäre erst seit 2014 im Leitungsteam der Arbeitsgemeinschaft Unna tätig. Rheuma stehe als Sammelbegriff für etwa 150 verschiedene Erkrankungen, von denen die meisten chronisch verliefen. Das Funktionstraining, Trocken- und Wassergymnastik, könne aufgrund einer Vereinbarung mit den Krankenkassen und Rentenversicherungen nur durch die Deutsche Rheuma-Liga angeboten werden. Sei eine ärztliche Verordnung ausgestellt worden, die Krankenkasse aber nicht bereit, die Kosten für das Funktionstraining zu zahlen, könne man das Training auch als Selbstzahler wahrnehmen. Die Arbeitsgemeinschaft Unna vertrete die Rheuma-Kranken aus Fröndenberg, Schwerte, Holzwickede und Unna.

Herr Kolar bedankt sich für den Bericht. Er hält die Anzahl der Mitglieder dieser Arbeitsgemeinschaft für sehr hoch.

Darauf erklärt Frau Paschedag, dass es in Nordrhein-Westfalen 99 Arbeitsgemeinschaften und im Kreis Unna weitere Arbeitsgemeinschaften in Bergkamen und Selm gebe.

Die Betroffenen könne man über Ärzte, öffentliche Medien wie das Internet oder über die Geschäftsstelle der Rheuma-Liga Nordrhein-Westfalen in Essen erreichen, so Frau Paschedag auf Nachfrage von Frau Beisenherz. Dort bestehe auch die Möglichkeit sich persönlich zu informieren.

Den Eindruck von Herrn Böckmann, dass die Anzahl der Erkrankungen an Fibromyalgie in den letzten Jahren deutlich angestiegen sei, bestätigt Frau Paschedag. Die Fibromyalgie entwickle sich zurzeit zu einer Volkskrankheit; eine Fibromyalgie-Gruppe treffe sich einmal monatlich im Gesundheitshaus.

Abschließend weist Frau Paschedag auf das zur Mitnahme ausgelegte Informationsmaterial hin.

Punkt 3 178/16/1 Neuorganisation der Suchtberatung; Antrag der FDP-Fraktion vom 01.12.2016

Erörterung

Herr Kolar erläutert die Historie zur Drucksache und weist auf eine Ergänzung vom 09.02.2017 zum Antrag der FDP-Fraktion vom 29.11.2016 hin. Der ursprüngliche Antrag mit dem Inhalt

- Die Suchtberatung wird bisher vom DRK Lünen, von Diakonie Schwerte und der Diakonie Ruhr-Hellweg sowie vom Kreis Unna erbracht. Jeder Leistungserbringer ist innerhalb eines bestimmten Zuständigkeitsgebietes tätig. Die Finanzierung der Beratung ist für die freien Träger nicht mehr auskömmlich, wie unlängst bekannt wurde. Es besteht damit die Notwendigkeit, die Organisationsform anzupassen, um die Leistungserbringung effektiver und effizienter zu gestalten.

soll lt. Ergänzung um folgende Gesichtspunkte erweitert werden:

- Es sollen nicht nur legale und illegale Sucht betrachtet, sondern auch psychische Beratungsangebote behandelt werden.
- Es wird eine Arbeitsgruppe aus Freien Trägern, Verwaltung und Politik gegründet.

Man habe bereits Gespräche geführt und er sei sicher, dass alle dieselbe Richtung einschlagen möchten. Da ein Konzept im 1.Quartal 2017 nach Rücksprache mit der Verwaltung nicht realisierbar sei, habe sich der Vorsitzende der FDP-Fraktion, Herr Klostermann, damit einverstanden erklärt, dass im 1.Quartal mit der Entwicklung eines Konzeptes begonnen werde.

Herr Degen bestätigt dies für die FDP-Fraktion und spricht sich für eine ordentliche Beratung aus, die zu der von Herrn Kolar genannten Ergänzung geführt habe.

Gespräche im Vorfeld hätten ergeben, dass eine Umsetzung des Antrages die Vorwegnahme eines Ergebnisses zur künftigen Gestaltung der Suchtberatung darstelle, so Herr Kolar. Zunächst müsse erarbeitet werden, welche Organisationsform überhaupt durchführbar und umsetzbar sei. Aufgrund der Gesamtsituation unterbreite er heute folgenden Vorschlag:

1. Der Landrat wird beauftragt, auf der Grundlage des Vertragsvorschlages „Sucht GmbH“ von 2008 ergebnisoffen ein Konzept zu entwickeln, wie im Kreis Unna die Arbeit im Bereich legale und illegale Drogen zusammengeführt und damit verbessert werden kann – unter Berücksichtigung besonders auch psychosozialer Erkrankungen.
2. Der Landrat entwickelt einen Vorschlag, wie der Kreis Unna die Wohlfahrtsverbände für die laufende Zeit einer noch nicht erfolgten Einigung auskömmlich finanzieren kann, um ein Signal in diese Richtung zu senden. Hierbei werden sowohl Personalkosten, als auch ein Sachkostenanteil einheitlich mitgedacht.
3. Zur Begleitung dieses Prozesses wird eine Kommission des Ausschusses unter Leitung des Ausschussvorsitzenden ins Leben gerufen.
4. Die Neuausrichtung der Suchthilfe wird im Rahmen der vom Kreistag beschlossenen wirkungsorientierten Steuerung diskutiert.

Herr Kolar hebt zu Punkt 2 die Bedeutung der Wohlfahrtsverbände und das Interesse des Kreises an einer weiteren Zusammenarbeit hervor.

Die FDP-Fraktion stimme dem unterbreiteten Vorschlag zu, so Herr Degen.

Auch die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stimme zu, so Frau Schmidt, möchte aber wissen, warum dieser Vorschlag als Tischvorlage eingebracht worden sei, da die Thematik sehr umfangreich sei und auf der Grundlage der „Sucht GmbH“ stattfinden solle.

Herr Kolar antwortet, dass der Vorschlag erst sehr kurzfristig fertiggestellt worden sei und auch der Ergänzungsantrag der FDP-Fraktion ihn erst gestern erreicht habe. Des Weiteren könne das Konstrukt aus 2008 nicht 1:1 übernommen werden. Es gebe zwischenzeitlich auch andere Zugangsvoraussetzungen der Freien Träger. Daher sei ihm die Bildung einer Kommission wichtig, innerhalb der man sich auf eine gemeinsame Richtung einigen könne.

Der Verbesserungsvorschlag seitens der CDU-Fraktion, unter Punkt 1 das Wort „zusammengeführt“ zu streichen, findet innerhalb des Ausschusses Zustimmung. Damit sei klarer, dass die Konzeptentwicklung ergebnisorientierter bleibe und somit das Ergebnis nicht vorweggenommen werde, erklärt Frau Dresen.

Herr Degen bejaht die Nachfrage von Herrn Kolar, ob die FDP-Fraktion unter der Prämisse, dass heute über den unterbreiteten Vorschlag abgestimmt werde, ihren gestellten Antrag zurückziehe.

Im Anschluss wird über den folgenden Empfehlungsbeschluss abgestimmt:

Beschluss

1. Der Landrat wird beauftragt, auf der Grundlage des Vertragsvorschlages „Sucht GmbH“ von 2008 ergebnisoffen ein Konzept zu entwickeln, wie im Kreis Unna die Arbeit im Bereich legale und illegale Drogen verbessert werden kann – unter Berücksichtigung besonders auch psychosozialer Erkrankungen.
2. Der Landrat entwickelt einen Vorschlag, wie der Kreis Unna die Wohlfahrtsverbände für die laufende Zeit einer noch nicht erfolgten Einigung auskömmlich finanzieren kann, um ein Signal in diese Richtung zu senden. Hierbei werden sowohl Personalkosten, als auch ein Sachkostenanteil einheitlich mitgedacht.
3. Zur Begleitung dieses Prozesses wird eine Kommission des Ausschusses unter Leitung des Ausschussvorsitzenden ins Leben gerufen.
4. Die Neuausrichtung der Suchthilfe wird im Rahmen der vom Kreistag beschlossenen wirkungsorientierten Steuerung diskutiert.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Zur weiteren Vorgehensweise führt Herr Kolar aus, dass es für die Besetzung einer Kommission unterschiedliche Möglichkeiten gebe. Eine paritätische Besetzung – hier seien alle relevanten Interessensgruppen zahlenmäßig ausgewogen vertreten - oder eine Besetzung mit einem Mitglied jeder Fraktion sei möglich. Er persönlich möchte den Vorsitz dieser Kommission übernehmen.

Auf Nachfrage von Herrn Roß antwortet Herr Kolar, dass die Gruppen keine Mitglieder entsenden.

Die Anmerkung von Herrn Steffen, dass es für eine ergebnisorientierte Arbeit besser sei, die Mitgliederzahl möglichst gering zu halten, findet die Zustimmung des Gremiums.

Herr Kolar führt aus, dass aus dem Antrag der FDP-Fraktion hervorgehe, dass der Kommission auch die Freien Träger angehören sollten. Das sei nicht umsetzbar, denn die Kommission bereite ein Politikum vor. Die Freien Träger blieben dadurch allerdings nicht außen vor, sondern würden beratend hinzugezogen und fänden so Berücksichtigung. Über die Einberufung einer Kommission entscheide der Kreistag aber einen Empfehlungsbeschluss aus diesem Gremium halte er für wichtig.

Abschließend wird über den folgenden Empfehlungsbeschluss abgestimmt:

Beschluss

Es wird eine Kommission gegründet, in die jede Fraktion ein Mitglied entsendet. Der Kommission wird der Ausschussvorsitzende (Ausschusses für Gesundheit und Verbraucherschutz) vorsitzen.

Abstimmung

einstimmig beschlossen (1 Enthaltung, PIRATEN)

Punkt 4

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Sachstand zum Erlass einer Katzenschutzverordnung für den Kreis Unna

Herr Merfels teilt mit, dass zur Prüfung der rechtlichen und tatsächlichen Voraussetzungen zum Erlass einer Katzenschutzverordnung acht Tierschutzvereine und 36 Tierarztpraxen angeschrieben worden seien. Es hätten sechs Tierschutzvereine und 13 Tierarztpraxen geantwortet. Das sei nicht verwunderlich, denn nicht jede Tierarztpraxis beschäftige sich mit dieser Problematik in dem gleichen Umfang. Qualität und Quantität der Antworten sei sehr unterschiedlich. Häufig enthielten die Schreiben nur circa-Angaben. In Schwerte herrsche die größte Problematik: Dort gebe es immerhin 120, in Werne aber nur zwei kastrierte Katzen. Die Größenordnung im gesamten Kreis Unna liege bei rund 450 kastrierten Katzen. Das seien über 100 Tiere mehr als im Ennepe-Ruhr-Kreis. Die Kosten beliefen sich auf mehr als 50.000 Euro. Alle Städte und Gemeinden des Kreises, eventuell bis auf Selm und Werne, würden in die Katzenschutzverordnung einbezogen. An einem für März terminierten „Runden Tisch“ solle mit den Tierschutzvereinen über die weitere Zusammenarbeit und insbesondere über die Finanzierung beraten werden. Der Kreistag habe die Mittel nicht genehmigt. Somit müssten die Tierschutzvereine, zumindest in 2017, die Kosten weiterhin selber tragen. Eine Katzenschutzverordnung könne dem Kreistag im Juni, spätestens aber im Oktober dieses Jahres zur Entscheidung vorgelegt werden.

Anlagen

Präsentation „Die Deutsche Rheuma-Liga Nordrhein-Westfalen e.V.“ – Bericht Frau Paschedag

gez. Birgit Diers
Schriftführerin

ges. Dirk Kolar
Vorsitzender